

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Vhf., Bollwerk, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 232

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis freibleibend.

Halver

Samstag, den 24. November 1923

Anzeigenpreis: pro Zeile 3 mm hoch, 34 mm br. 1/10 Goldpf.,
für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen
15 Goldpf. — Restzeitung 40 Goldpf. — Offertgebühren
10 Goldpf. und Porto.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In einer großen Rede verteidigte Reichskanzler Dr. Stresemann seine Politik vor dem Reichstag.

* Als voraussichtlicher Nachfolger des verstorbenen Reichsbankpräsidenten Hagenstein wird anbauend der jetzige Währungskommissar Dr. Scharf genannt.

* Nach der der deutschen Regierung übergebenen Note der Alliierten soll die Militärkontrolle in Deutschland am 1. Dezember wieder beginnen.

* Eine Anzahl rheinischer Redakteure wurde vom französischen Militärpolizeigericht zu Geldstrafen von 20 bis 40 Goldmark verurteilt, weil sie über angebliche Bedingungen des Generalis Degoutte für die Arbeitsaufnahme berichtet hatten.

* Bei schweren Kämpfen des Selbstschutzes im Siebengebirge mit den Separatisten in der Gegend von Hornes sollen die Separatisten in voriger Woche über 130 Tote gehabt haben.

Dr. Stresemann vor dem Reichstag.

OB. Berlin, 22. November.

Den großen Tag, den der Reichstag eigentlich vorgestern erwartete und der durch das Verhalten des Kommunisten Klemme geleitet wurde, hat das Parlament nun heute erlebt. Der Reichstagspräsident und der Ältestenrat hatten sich inzwischen dahin geeinigt, daß die schärfsten Maßnahmen gegen Ruhestörer ergriffen werden sollten, und somit war die Befürchtung, daß die 16 Parteigenossen des inzwischen auf 20 Tage aus dem Hause verwiesenen Herrn Klemme auch die heutige Sitzung stören würden, gegenstandslos geworden. Der Präsident würde andernfalls nicht gezwungen haben, heute die Maßnahmen zu ergreifen, die er bisher noch unterließ, nämlich die Ruhestörer durch Polizeigewalt aus dem Saale entfernen zu lassen. Das Haus war selbstverständlich wieder voll besetzt, und mit fast noch größerer Spannung als vorher erwartete man den Beginn der Sitzung. Die politische Lage war noch ebenso unklar wie vorher. Die Mißtrauensanträge der Parteien lagen noch nicht vor, und es war noch nicht sicher, ob und mit welchen Mehrheiten derartige Anträge angenommen werden würden. Nur soviel war bekannt, daß der Reichskanzler eine klare Entscheidung verlangen würde. Jedoch hatten sich ganz im allgemeinen die Ansichten des Kabinetts Stresemann etwas gebessert. Das Kabinett selbst war noch in der Mittagsstunde zu einer Besprechung über die eventuelle Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen eingetreten, da von dieser Frage im wesentlichen die Stellung der Sozialdemokraten abhing. Gerade die Unklarheit der politischen Lage aber hatte zur Folge, daß die Rede des Kanzlers selbst eine weit größere Bedeutung erhielt, als es in ähnlichen Lagen der Fall zu sein pflegt, wo eine politisch schon im voraus festgelegte Situation vorhanden ist. Der Kanzler selbst trat heute in großer Frische und Energie auf. Daß es im übrigen nicht zu größeren Störungen kam, lag daran, daß der ganze Reichstag durch ein starkes Polizeiaufgebot gesichert war und daß u. a. auch dem Abgeordneten Klemme selbst, der mehrfach versucht hatte, in das Haus zu gelangen, der Eintritt verweigert wurde.

Sitzungsbericht.

Präsident Lobe eröffnete die Sitzung, indem er zunächst dem Hause im einzelnen mitteilte, welche Maßnahmen gegen den Abg. Klemme ergriffen worden waren, und ferner darauf hinwies, in welcher Weise er weitere Aufstörungen verhindern würde. Unmittelbar danach konnte der

Reichskanzler Dr. Stresemann

die Rednertribüne betreten. Er wurde von den Kommunisten mit dem Zuruf: „Der Reichszertrümmerer, der Kanzler der Separatisten“, empfangen, ohne daß er sich weiter daran gelehrt hätte.

Der Kanzler wies zunächst die Meinung zurück, daß die Regierung, wie die beiden Redner des Dienstag geglaubt hatten, die Absicht gehabt habe, sich der Vertrauensfrage zu entziehen. Im Gegenteil, so erklärte er, die Regierung wünsche möglichst bald die Entscheidung in voller Klarheit. Dann wandte er sich in erster Linie den

Fragen der Außenpolitik

zu und erklärte, der jetzige Träger der französischen Politik, Poincaré, hat es fertig gebracht, im fortgesetzten Konflikt die Grundlage für die gesamte politische und soziale Zerrüttung Deutschlands zu schaffen. Da ist es natürlich, wenn die Entwicklung in Deutschland den Extremen zutrifft. Der Kommunismus zieht seine beste Unterstützung aus dem Elend des Volkes, und der Rechtsradikalismus aus der Politik der fortgesetzten nationalen Demütigung. Wenn man der Auffassung ist, daß das konstitutionelle Leben Deutschlands in der Auflösung begriffen sei, so ist das gerade die Wirkung dieser Politik. Wir haben keine Hoffnung, die trostlose Lage unseres Volkes zu bessern. Der Abg. Hergt hat uns daraus einen Vorwurf gemacht, daß wir Verhandlungen mit Frankreich verweigerten. Aber Rhein und Ruhr sind uns viel zu wertvoll, als daß wir nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen müßten, ehe wir andere Konsequenzen ziehen.

Der Versuch, die Sachwerte zur Reparation heranzuziehen, ist gescheitert an dem Widerstande der französischen Politik. Vielleicht ist der Versuch noch einmal möglich, wenn es zu einer internationalen Sachverständigenkonferenz über die Reparationsfrage kommt.

Die Erhöhung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung ist nicht nur eine deutsche Sorge, sondern eine Angelegenheit der Aufrechterhaltung normaler Beziehungen der Weltwirtschaft. (Zurufe der Kommunisten: „Stinnes!“) Mit Herrn Stinnes, so antwortete der Kanzler darauf, müssen Sie sich schon persönlich unterhalten. (Kommunistische Zurufe: „Sie treiben doch keine Politik!“) Der Kanzler erwiderte, die Deutsche Allgemeine Zeitung des Herrn Stinnes scheint darüber anderer Ansicht zu sein. Wir wollen der Welt nicht das deutsche Elend verschleiern. Wir haben die Hilfe des Auslandes angerufen, und wir sprechen den Helfern den warmsten Dank aus, vor allem den Deutschamerikanern und den Brüdern in Österreich.

Das Verbrechen, 24 Stunden nach Abbruch des passiven Widerstandes mit uns zu verhandeln, ist gebrochen worden.

Es hat sich der weitgeschickte Skandal ereignet, daß Frankreich die Verhandlungen mit der verantwortlichen deutschen Regierung ablehnte, so daß wir einzelne Kreise der Bevölkerung mit den Verhandlungen beauftragen mußten. Aber alle Einzelheiten dieser Verhandlungen mit den Industriellen werden wir dem Reichstage gern Mitteilung machen. Wir haben gesehen, was sich in der Westgeschichte ergeben hat aus dem Schuldbekenntnis von Versailles. Sollen wir daher durch irgendeine Erklärung auch noch den Ruhestörer legalisieren? Wenn ich anerkenne, daß die Kohlenlieferungen angerechnet werden sollen nicht auf die Reparationen, sondern auf die Bezahlung des Ruhestörers, dann würde ich den Ruhestörer legalisieren, und das ist ausgeschlossen, das wäre auch eine Invaluität gegenüber unseren anderen Gläubigern. Es geht jetzt darum, die Grundsätze für eine ganze Zukunft festzulegen.

Wir sind am Ende unserer Kraft und können die Mittel für die Erwerbslosenfürsorge nicht länger ausbringen.

Die Politik ist in einem so geschwächten Lande wie Deutschland von der Wirtschaft und von der Währung abhängig. Der Vorstand der Rentenbank hat seine Wünsche der Regierung ebenso vorgetragen wie andere Wirtschaftsgruppen. Ich bin der Meinung, daß eine Gesundung der Wirtschaft ohne eine baldige Lösung der Arbeitszeitfrage nicht möglich ist. Es ist falsch, wenn man glaubt, daß die Verlängerung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit vermehre. Wenn der Versailles-Vertrag zerrissen ist, so geschieht das von den Mächten, die uns nicht einmal die wenigen Rechte zuwillingen, welche dieser Vertrag gewährt.

Wir wollen keine Zerstörung der Rheinlande, aber, wenn wir mit schwerem Herzen von einem Teile der Reichsgewalt im Rheinland Abschied nehmen müßten, so geschieht es in der Erwägung, daß wir unendlich in dem Augenblick, wo wir die Leistungen für unser hungerndes Volk einsparen müssen, weiter an den Gegner zahlen sollen.

Die Politik, die mir zu meiner größten Enttäuschung im Vorwärts als Förderung separatistischer Bestrebungen ausgelegt wurde, hat die volle Unterstützung des preussischen Staatsministeriums unter Führung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gefunden. In dem Augenblick, wo die durchaus im Sinne unserer Instruktionen erfolgten Verhandlungen im Rheinland einen Abschluß finden, der dort wieder die Arbeitsmöglichkeit schafft, in dem Augenblick wird auch wieder die völlig gleiche Behandlung der Erwerbslosen im ganzen Reiche eintreten. Im besetzten Gebiet muß mehr gearbeitet werden als bisher, sonst lohnt die Produktion die Kosten nicht. (Unruhe bei den Kommunisten, Rufe: „Stinnes!“) Was geht mich denn Herr Stinnes an, er ist nicht der Parteiführer, sondern ich. Wenn wir von den Verhandlungen im Rheinland ausgeschlossen sind, dann ist es besser, wenn diese Verhandlungen dort geführt werden durch Körperschaften, in denen alle Wirtschaftskreise und Parteien vertreten sind. Dieses vorübergehende Abweichen von der Ausübung eines Teiles der Reichsgewalt würde auch der Welt den Beweis liefern, daß dort ein Okkupationsgebiet durch Frankreich geschaffen ist, welches nicht einmal die Rechte eines Okkupationsgebietes hat.

Der militärische Ausnahmezustand.

Der Kanzler wandte sich dann der innerpolitischen Lage zu und erklärte, der Wunsch nach Erhebung des militärischen Ausnahmezustandes durch den zivilen kann erst dann erfüllt werden, wenn Ruhe und Ordnung im ganzen Reiche eingetreten ist. Bisher konnte aber nur eine teilweise Aufhebung in Frage kommen, nicht aber eine allgemeine. Die Ereignisse vom 8. und 9. November in München müssen jeder Regierung eine Warnung sein, die Dinge soweit kommen zu lassen, daß die Regierungsgewalt in Abhängigkeit von unverantwortlichen Organisationen gerät.

Unsere Haltung gegenüber Bayern

nehme ich die volle Verantwortung auf mich. Wir mußten die verfassungsmäßige Landesregierung unterstützen, ganz gleich, ob sie uns politisch feindlich gegenübersteht oder nicht. Im besetzten Rheinland hat es die im Kampfe stehende Bevölkerung besonders schwer empfunden, daß gerade in diesem Augenblick durch Putz- und Aufräumarbeiten der Gedanken des einigen Deutschlands kaputt geschlagen wurde. (Abg. Ledebour: „Sie sind der Hauptschuldige!“)

Für die Rückkehr des Kronprinzen

übernehme ich die volle Verantwortung. Dabei handelt es sich um eine Frage der Menschlichkeit, und wie für den letzten Gefangenen von Avignon müssen wir auch dem Kronprinzen sein Staatsbürgerrecht verschaffen. Ohne die Befehle der Reichsregierung vom Abend des 9. November wären vielleicht die Vorgänge in München nicht auf diesen Ort beschränkt geblieben. Das Instrument der Reichswehr würde zerbrechen, wenn die Autorität der Befehlsgewalt nicht durchfallen kann, sondern wenn die Reichswehr zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reiche wird die Grundlage für die Reichsregierung die Rückkehr zum verfassungsmäßigen Zustande in Bezug auf die Reichswehr sein. Innerhalb der Reichsregierung haben Verhandlungen stattgefunden, inwieweit

Änderungen der jetzigen Verfassung

gegenüber den Ländern möglich sind. Es handelt sich dabei nicht nur um Bayern. Dann verteidigte der Kanzler unter großer Unruhe der Kommunisten die Reichsregierung gegen Sachsen und Thüringen. Es sei notwendig gewesen, den dort vorgekommenen Terrorakten zu begegnen. Er betonte dann die Notwendigkeit ausländischer Finanzhilfe für das Reich und erklärte dazu: bisher ist nur ein Angebot von ausländischen Finanzleuten von Vorständen des Reichsgrundbesitzerverbandes eingegangen für einen

Währungskredit von 1 Goldmilliarde.

Es ist nicht meine Schuld, daß dieses Angebot die Klausel enthält, der Kredit würde nur der gegenwärtigen Reichsregierung gewährt werden. Dann widmete der Kanzler dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten Hagenstein einen ehrenvollen Nachruf und sagte weiter:

Wir sind jetzt eigentlich in die Liquidation des verlorenen Krieges und Friedens eingetreten. Deutschland erliegt dem Druck seiner Gegner. Die einzige Waffe ist die Solidarität des Volkes. Es dürfte keine künstliche Scheidung zwischen sogenannten nationalen und internationalen Parteien gemacht werden. Ich sage offen, daß ich den Zusammenbruch der großen Koalition bedaure.

Zu der Kritik, die der Abg. Hergt an der Regierung geübt hat, kann ich nur sagen, daß ich das Programm einer neuen Regierung noch immer vermissen. Das neue Kabinett des Vertrauens ist ja noch gar nicht da. Wir wünschen die schnelle

nige Entscheidung der Vertrauensfrage, und wir haben die Überzeugung, daß wir gewissenhaft unsere Pflicht getan haben.

Die Rede des Kanzlers wurde in der Mitte des Hauses mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Mißtrauensantrag der Deutschnationalen.

Inzwischen war von der deutschnationalen Fraktion folgende Mißtrauensantrag eingegangen: Der Reichstag entzieht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 64 der Reichsverfassung bedarf.

Reichsfinanzminister Dr. Luther

schilberte vor schwach beleuchteter Saale die ungeheure Finanznot des Reiches, die zu äußerster Sparsamkeit zwingt. Die Stilllegung der Notenpresse sei nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Druck der Tatsache geschehen, daß die Markwährung ihren letzten Lebenshauch hergegeben habe. Die Rentenmark könne nicht ausgedehnt werden, damit nicht auch sie der Inflation verfallt. Die Regierung werde genötigt sein, eine neue energische Steuerpolitik auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung durchzuführen. Die neuen Steuern würden nicht niedriger sein als die des Finanzministers Hilferding, würden aber zur Deckung der Ausgaben auch nicht ausreichen. Bis zum Herbst nächsten Jahres müßten wir zu einer allmählichen Heraushebung der Steuern kommen. Nachdem jetzt Anzeichen einer fortschreitenden Stabilisierung des Geldes bemerkbar sind, würde die Regierung mit äußerster Energie gegen die Überschreitung der Goldmarkpreise vorgehen.

Erklärungen der Parteien.

Namens des Zentrums verlas darauf der Abg. Dr. Marx eine Erklärung, durch welche sich das Zentrum aus vaterländischen Gründen hinter die Regierung Stresemann stellte, und zwar trotz vieler Bedenken innerpolitischer Art. In der Außenpolitik billigte das Zentrum durchaus die Haltung des Kabinetts, ebenso das Vorgehen gegen Thüringen und Sachsen, und es erwartete, daß baldigst das Verhältnis zwischen dem Reiche und Bayern in verfassungsmäßige Bahnen gelenkt werde.

Für die Deutsche Volkspartei gab der Abg. Dr. Scholz eine ähnliche Erklärung ab, die mit dem Hinweis darauf schloß, daß die Partei jeden Versuch einer Änderung der Reichsregierung Widerstand leisten werde.

Abg. v. Graefe (Deutschvölk.) leitete seine Rede mit den Worten ein, die Regierung verfolge es nicht, in Schönheit zu sterben. Die Hoffnungen auf das Ausland hätten uns noch immer betrogen, und der Kanzler selbst habe erklärt, daß wir uns nur auf uns selbst verlassen dürften. Innenpolitisch seien die Mißerfolge des Kabinetts geradezu ungebürlich. Trotz genügender Geldbedeckung sei unsere alte Mark durch Spekulationen entwertet worden, und so würde es auch der Rentenmark ergeben. Nur das Vertrauen der ganzen Bevölkerung könne uns eine gesunde Währung schaffen. Wenn Preußen durch die Abtretung der Rheinlande auseinanderfallen sollte, dann müßte Bayern die führende Rolle übernehmen. Rahr wolle ein römisches Reich deutscher Nation unter Wittelsbachs Kaiserkrone. Nach der Ansicht der Deutschvölkischen müsse der Reichstag dahin geschickt werden, wohin er gehöre.

Der thüringische Ministerpräsident Frölich erklärte, in keinem Lande der Welt habe soviel Ruhe geherrscht wie in Thüringen. Die Reichsregierung habe sich mit der thüringischen Landesregierung dahin verständigt, daß Reichswehr in Thüringen zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände an der bayerisch-thüringischen Grenze unternehmen solle. Leider aber hätten diejenigen Recht behalten, welche meinten, der Einmarsch richte sich gegen Thüringen selbst. Die Reichswehr habe ihre Maßnahmen ohne jede Verständigung mit der Landesregierung in Thüringen getroffen.

Es kamen noch mehrere andere Redner zu Wort, so daß sich die Sitzung bis in den späten Abend ausdehnte. Die Sozialdemokraten wollten noch während der Sitzung zu einer Fraktionsbesprechung zusammentreten, um ebenfalls wie die Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum einzubringen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß die beiden Mißtrauensanträge wahrscheinlich abgelehnt würden, daß aber dann der Kanzler die Vertrauensfrage stellen würde, und daß für den Vertrauensantrag ebenfalls keine Mehrheit zu finden sein würde, weil Deutschnationale und Sozialdemokraten dagegen stimmen würden.

Militärkontrolle hinter dem Vorhang

Was wir uns in dem neun Monate langen Kampfe gegen Frankreich und Belgien an Rhein und Ruhr vom Hals geschafft hatten, wird uns nun, da wir diesen Widerstand aufgegeben haben, allmählich alles wieder aufgeladen; auch die Militärkontrolle setzt nun wieder ein. Nach heftigen Kämpfen innerhalb der Völkischerkonferenz hat man sich dort auf eine Note geeinigt, die soeben bei der deutschen Regierung eingetroffen ist, und in der zunächst festgestellt wird, daß Deutschland zwar nicht grundsätzlich die Absicht habe, seine Verpflichtungen wegen der Militärkontrolle zu befreien, sich aber praktisch dieser Kontrolle entzogen habe. Und zwar auch dann noch entzogen habe, als und obwohl Deutschland jenen Widerstand aufgab. Begründet worden sei dies einerseits mit den inneren Schwierigkeiten, die namentlich die Kontrolle durch belgische und französische Offiziere veranlassen müsse. Die Note der Völkischerkonferenz stellt sich demgegenüber nun auf den geradezu amüsanten Standpunkt, daß der deutschen Regierung gerade aus dem Aufhören der Kontrolle Schwierigkeiten erwachsen seien. Die Verhinderung dieser Kontrolle habe nämlich dazu beigetragen, die Entwicklung von Unruhen zu begünstigen, — offenbar will die Note damit auf die Bewaffnung der politischen Gegner der deutschen Regierung anspielen. Nach Ansicht der Völkischerkonferenz hätte also die deutsche Regierung sozusagen die heilige Pflicht, der Schnitzfellei durch Kontrollkommissionen weitesten Spielraum zu gewähren, um dadurch die Rechts- oder Linksradikalen vollständig zu entzünden. Freilich hieß es, eine jede deutsche Regierung beleidigen, wollte man ihr eine derartige „Politik“ zwecks innerer Befriedung zumuten.

Weiter ist die Völkischerkonferenz der Ansicht, daß die Wiederaufnahme der Kontrolloperationen neue Schwierigkeiten oder Zwischenfälle nicht verursachen werden. Und hier atmet die Note einen verhältnismäßig vernünftigen

Geist; denn es scheint angedeutet zu werden, daß die Kontrollkommissionen sozusagen hinter dem Vorhang arbeiten, das herrische und provozierende Auftreten der Kontrolloffiziere vielleicht etwas abgemildert und ihre Besuche vielleicht nicht einmal in Uniform erfolgen sollen; jedenfalls verspricht man, daß wir uns in dieser Beziehung auf den „Zoll“ der Kontrolloffiziere verlassen könnten. Doch sind das Zusagen, die an der Tatsache nichts ändern, daß das Recht der militärischen Kontrolle aufrechterhalten wird, die Kontrollkommission und das Garantielomitee für die Luftschiffahrt volle Freiheit haben soll, alle ihr notwendig erscheinenden Operationen augenblicklich durchzuführen. Immerhin ist auch hier ein grundsätzliches Zugeständnis erfolgt: vor jedem Kontroll- und Überwachungsbesuch soll der Regierung eine entsprechende Mitteilung gemacht werden, damit deutschseits Vorkehrungen getroffen werden können, um jede Störung und Belästigung der Kontrolloffiziere zu verhindern. Mit diesen Einschränkungen wird nun die Kontrolle wieder aufgenommen werden und die Note sagt, daß sich die Votschastertkonferenz im Falle einer Obstruktion der deutschen Behörden oder deutscher Untertanen (ein merkwürdiger Ausdruck) alle weiteren Maßnahmen vorbehalten müsse. Angeblich soll die Aufnahme dieser Kontrolle am 1. Dezember erfolgen, und General Nollet hat bereits, wie die Pariser Blätter mitteilen, geheime Instruktionen erhalten.

Im übrigen ist der ganze Beschluß der Votschastertkonferenz ein Verlegenheitskompromiß und von allen Seiten, sowohl englischer wie französischerseits, wird auf dieser Charakter als Zwischenschlichtung betont. Man hat — Frankreich in bewußtester Absicht — ein Damoklosschwert (neben den vielen anderen) wieder über Deutschland aufgehängt und es liegt ganz in der Hand Frankreichs, den seidenen Faden, an dem diese Drohung hängt, zu beliebig Zeit zu durchschneiden. Im vertrauten Kreise hat Polinard bereits darauf hingewiesen, daß er an seinem ursprünglichen Standpunkt, zu französischen Sonderaktionen zu schreiten, auch jetzt ausdrücklich festgehalten habe und er ist Manns genug und auch in der Lage, unbefürchtet um den etwaigen Widerspruch der anderen Alliierten, gegen Deutschland einzuschreiten, wann und wie er will. Um ein bißchen „Begründung“ wird er ja niemals in Verlegenheit geraten.

Die Kronprinzenfrage.

Die zweite Note gibt der Demütigung der Entente wegen der Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland Ausdruck, ohne bestimmte Maßnahmen anzukündigen. Die alliierten Regierungen nehmen von einer Erklärung der deutschen Regierung Kenntnis, sowohl hinsichtlich des Verzichts des früheren Kronprinzen auf sein Recht auf die preussische Krone und auf die Kaiserkrone, als auch hinsichtlich der von der deutschen Regierung übernommenen Verpflichtung, den früheren Kaiser nicht zur Rückkehr nach Deutschland zu ermächtigen. Unter diesen Bedingungen sehen sich die alliierten Mächte gezwungen, der deutschen Regierung zu erklären, daß sie sich vollkommen verantwortlich für die Folgen macht, die aus der Tatsache entstehen können, daß sich der Kronprinz in Deutschland aufhält. Sie glauben, die ganze Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Gefahr lenken zu müssen, die diese Lage mit sich führen kann, und die gegebenenfalls die alliierten Mächte zwingen könnte, sich über die Maßnahmen zu einigen, die geeignet sind, ihr vorzubeugen.

Deutschlands bevorstehende Antwort.

Die Reichsregierung hat von dem Inhalt der Noten der Votschastertkonferenz telegraphisch Kenntnis erhalten. Sie beabsichtigt, auf die Militärkontroll-Note eine Antwort zu erteilen. In dieser Antwort wird voraussichtlich die grundsätzliche Bereitschaft zur Erfüllung der Kontrollparagrafen des Vertrages ausgesprochen, aber nochmals auf die Gefahr möglicher Zwischenfälle hingewiesen werden, die allein die bisherige Haltung der Reichsregierung in dieser Frage bestimmt hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Um den Achtstundentag.

Die Reichstagsfraktion der V. S. P. D. hat einen Antrag eingebracht, in dem der Reichstag ersucht wird, die Reichsregierung aufzufordern, die Demobilisierungsverordnungen über die Regelung der Arbeitszeit anzuwenden.

„Flammen“

Roman von Hans Schulze.

10 Nachdruck verboten.

Dann wieder Stille.

Nur zuweilen sprang ein Fisch im See, langsam rundeten sich im Wasser weite Kreise.

„Wer doch auch so fliegen könnte“, sagte Trude, dem Zug der Gänse lehnhaft nachschauend, und reckte die schlanken Arme, das ihr die weiten Aermel des Bademantels bis zu den zierlich modellierten Ellenbogen zurückglitten. „Ich hab' heut solch eine Unternehmungslust. Weißt du, Herta, wir fahren wieder einmal nach der Robinsoninsel hinüber.“

Die kleine Baronin wehrte ängstlich ab.

„Aber Trude, in unsern Badeanzügen.“

Doch da stand die Freundin schon in dem weißen Ruderboot, das sie an der Laufbrücke des Badehäuschens leise im Wasser schaukelte.

„Kommt du mit?“ fragte sie die Kette lösend. „Sonst fahre ich allein.“

Noch immer zögernd stieg Herta endlich nach und nahm am Steuer Platz.

„Wenn uns jemand sieht...“

Sie hatte ihren Bademantel abgeworfen und trieb das leichte Boot mit ein paar geschickten Stößen aus der Bucht. Allein die energische Trude achtete nicht weiter auf ihren Widerspruch.

Die Morgensonne rann weich im ihren schlanken, jungen Körper und die festen, runden Arme, die die Riemenstangen so leicht und sicher führten.

Es war ganz still über dem See und der Takt der Ruderschläge teilte die tiefe Stille in gleichmäßige Pausen.

Allmählich schwand auch Hertas ängstliche Besorgnis.

Sie hatte die eine Hand in das blaue Wasser getaucht und schaute nachdenklich in die kleine Kielwelle zurück, die leise murrend hinter dem Boote herlief und ihre Gedanken wie in einem silbernen Neze fang.

„Ist Fräulein Hansen eigentlich wieder außer Bett?“ unterbrach Trude endlich das beschauliche Schweigen und strich sich eine widerspenstige Locke aus der heißen Stirn; sie hatte die Ruder eingezogen und ließ das Boot ein Weilschen mit der Strömung treiben.

licher Arbeiter nebst der ergänzenden Anordnung und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen.

Eine Kundgebung Hindenburgs.

Generalfeldmarschall von Hindenburg veröffentlicht folgende Kundgebung: „Ich belege es tief, daß deutsche, von gleicher Vaterlandsliebe beseelte Brüder sich in München feindlich gegenübergetreten sind und damit zur Freude unserer Gegner einen Riß im Volkseisen geschaffen haben. Reicht Euch, wie wir Alten es 1866 auch getan haben, über die Gräber der auf beiden Seiten im festen Glauben an ihr gutes Recht Gefallenen hinweg zur Versöhnung die Hand! Unser armes Vaterland bedarf in seiner größten Not doppelt der Einigkeit!“

Die Verhaftung Dr. Roths in München.

Zu der Verhaftung des rechtsstehenden Abgeordneten und früheren bayerischen Justizministers Dr. Roth wird mitgeteilt, daß er in Schutzhaft genommen wurde, weil er durch Verbreitung unzutreffender Behauptungen das Ansehen des bayerischen Staates gefährdet und insbesondere, weil er in Bamberg aufreizende Reden gehalten hat. Der Rechtsbeistand Dr. Roths hat inzwischen eine Eingabe an den ständigen Ausschuß des bayerischen Landtagsgerichts gerichtet, in dem Dr. Roth als Ersagmann fungiert. Die Eingabe geht von der Behauptung aus, daß die Verhaftung eine Verletzung der Abgeordnetenimmunität darstelle.

Nus In- und Ausland.

Berlin. Der deutsche nationale Abg. Dr. Seiffert ist von einem ernsten Magen- und Darmleiden befallen und hat sich zur Kur nach Italien begeben.

Seeen am Harz. Hier ist der Oberlehrer Dr. Joellson von der früheren Jakobshausen verhaftet worden. Der Verhaftete ist verschiedentlich politisch in radikal-kommunistischem Sinne hervorgetreten.

München. Dietrich Eckardt, einer der einflussreichsten Führer der Nationalsozialisten, ist hier verhaftet worden. Die Verhaftung scheint mit den Vorgängen in München zusammenzuhängen.

Brüssel. Die Finanzkommission der belgischen Kammer hat mit neun Stimmen gegen eine bei einer Stimmeneinheit den Handelsvertrag gutgeheißen, der am 12. Mai 1923 zwischen den belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsverbänden und Frankreich abgeschlossen wurde.

Madrid. Die hiesige Presse veröffentlicht eine von Intellektuellen der ganzen Welt unterzeichnete Erklärung zugunsten Deutschlands.

Protestnote wegen der Pfalz.

Frankreichs Unterstützung der Separatisten.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris, v. Hoesch, hat der französischen Regierung eine weitere Protestnote gegen die Unterstützung der Separatisten in der Pfalz durch die Franzosen übergeben. Es heißt darin:

Am 5. November und den folgenden Tagen sind in der bayerischen Rheinpfalz in einer Reihe von Städten, darunter Kaiserslautern, Landau, Kirchheimbolanden, Neustadt a. Haardt öffentliche Gebäude durch von auswärts zugezogene bewaffnete Separatistenbände besetzt worden. Auch bei diesem neuen aufrührerischen Vorgehen haben die Separatisten bei den französischen Besatzungsbehörden aktive Unterstützung gefunden. In Speyer durchsuchten in der Nacht vom 3. und 4. November französische Gendarmen das Postamt und verhafteten die wachhabenden Postbeamten. Im Regierungsgebäude daselbst verlangten die französischen Behörden die Beseitigung der dort getroffenen Schutzmaßnahmen. In der Nacht vom 1. zum 2. November hoben französische Organe den deutschen Selbstschutz im Bezirksamt Ludwigshafen aus und verhafteten ihn.

Die deutsche Regierung legt gegen die fortgesetzte Unterstützung der Separatistenbände durch amtliche französische Organe und gegen die Behinderung der deutschen Behörden und Beamten bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und der Bekämpfung der aufrührerischen Elemente erneut nachdrücklich Beschwerde ein. Sie wiederholt die Forderung, daß den französischen Truppen alsbald Befehl gegeben werde, den völkerrechtlichen und vertragsmäßigen Verpflichtungen der Besatzungsmächte gemäß zu handeln.

Herta suchte die Asfeln.

„Ich weiß es nicht. Heut' morgen, als ich fortging, schlief sie noch. Vor zehn Uhr vormittags wird das gnädige Fräulein ja überhaupt niemals sichtbar. Bis dahin, macht sie Warte“, wie es Dr. Reinwaldt nennt!“

Trude lachte, daß ihre weißen Zähne blühten.

„Du wirst dich wohl nie mit Fräulein Hansen befreundet“, sagte sie dann. „Und mir geht es ebenso. Zuerst fand ich sie freilich entzückend, wie wir übrigens alle. Und sie ist ja auch ganz gewiß eine ausgesprochene Beante. Das muß ihr der Reiz lassen. Ich werde wohl niemals eine so wundervolle Fäule bekommen wie sie“, schloß sie, an ihren kräftigen Hüften betrübte herunterblickend.

Mit einer empörten Bewegung richtete sich Herta höher empor, und das ganze Boot schwankte.

„Du bist viel hübscher als diese Zigarettenplakatförmigkeit. Wenigstens nach meinem Geschmack“, erwiderte Herta. „Und Dr. Reinwaldt findet das auch. Alles an ihr ist unnatur. Ihren Toilettentisch solltest du einmal sehen. Wie bei Lohse in der Friedrichstraße. Nichts als Ruder und Schminke, Schönheitswasser. Ich begreife nicht, daß meine Schwester das nicht durchschaut, aber sie ist ja ganz vernarrt in diese Schlang.“

Mit einem versonnenen Nicken sah Trude den kleinen Federwölflchen nach, die wie leichte Gedanken durch das ferne Himmelsschloß zogen.

„Du hast ein Vorurteil gegen Fräulein Hansen“, sagte sie endlich. „Dabei kommt sie dir doch gar nicht zu nahe und ist zu dir wie zu mir immer gleich lebenswürdig.“

Mit geballter Hand schlug Herta plötzlich auf die Steuerbank. Eine leidenschaftliche Kampflust blühte aus ihren blauen Augen, die in seltsamem Gegensatz zu ihrem sonst so stillen, fast schüchternen Wesen stand.

„Sie ist falsch, grundfalsch, und verdröhst allen Männern den Kopf. Ich habe solche Angst, daß auch Heinz Jochen, wenn er sie hier einmal kennen lernt, in ihre Netze gerät.“

Ein schluchzender Laut ersticke ihre Stimme, daß Trude besänftigend einlenkte.

„Reg' dich doch nicht so auf, Herta“, bat sie. „Und dann siehst auch wirklich Gespenster. Was für Eroberungen hat die Hansen denn hier bis jetzt gemacht, wenn du von dem alten Redenthin abläßt. Wie Dr. Reinwaldt über sie

Umformung der sächsischen Polizei.

Auf überparteilicher Grundlage.

Der Militärbefehlshaber für Sachsen kündigte vor einiger Zeit eine Umstellung der sächsischen Landespolizei auf überparteiliche Grundlage an. Soeben ist eine ganze Reihe besonderer Beamter der Landespolizei bis auf weiteres ihres Dienstes enthoben worden. Darunter befindet sich der Polizeipräsident von Dresden, Wentz, der Polizeimajor Knecht und der kommunistische Polizeihauptmann Schneidbach. Ferner sind aus der Landeszentrale der Polizei folgende Oberkommissare ihres Dienstes enthoben worden: Miersch, Oehmichen und Rudolf, in Chemnitz Regierungsrat und Zivilkommissar Westfälinger, außerdem je ein Zivilkommissar in Plauen, Zwickau, Vahren und Zittau, drei in Leipzig.

Verhaftung Dr. Zeigners.

Auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts in Leipzig ist der frühere Ministerpräsident Dr. Zeigner in Dresden verhaftet und dem Leipziger Untersuchungsgefängnis zugeführt worden. In der bekannten Anschuldigungsaffäre gegen Zeigner soll allerlei Verdunkelungsgefahr vorliegen.

Kartellverordnung in Kraft!

Günstige Wirkungen.

Mit dem 20. November 1923 ist die Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machstellungen in Kraft getreten. Seitdem mit gesetzlichen Maßnahmen gegen die Auswüchse des Kartellwesens gerechnet werden konnte, hat bereits eine Reihe von Verbänden ihre Zahlungsbedingungen den Bedürfnissen der Verbraucher anzupassen gesucht. Bei einigen Verbänden bedurfte es jedoch behördlicher Anregung, um sie zu einer Erleichterung ihrer Bedingungen zu veranlassen. Diesem Eingreifen der Behörden wurde im Hinblick auf die nunmehr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Machtmittel schneller und sachlich weitergehend als bisher entsprochen. So hat bereits die Kartellverordnung vor ihrem Inkrafttreten in günstigem Sinne auf die Verbandsbedingungen und damit auf den allgemeinen Warenmarkt und die Preisgestaltung gewirkt. Die Fälle, in denen bisher nur ungenügende Erleichterungen vorgenommen und unbillige Bedingungen aufrechterhalten worden sind, werden in Kürze das Kartellgericht beschäftigen.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 24. November 1923.

Wirtschaftsbaremeter am 22. November 1923.

Reichsbankdiskont	90 %
Silberaufschlagspreis	230 Milliardenfach
Eisenbahnschlafplatz (Goldrechnung)	1000 Milliardenfach
Fernbrief (20 Gramm)	20 Milliarden
Ortsbrief (20 Gramm)	10 Milliarden
Großhandelsindex (Stichtag 13. 11.)	285,6 Milliarden
Lebenshaltungsindex (Stichtag 19. 11.)	831 Milliarden
Steuergoldmark (16.)	1000 Milliarden

□ Postgebühren im Auslandsverkehr. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Paket-, Zeitung-, Telegramm- und Fernsprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom 21. November an auf eine Million Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Käufen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden. Nähere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenanstalten.

□ Fristverlängerung für die Benennung alter Frachtbriefe. Die am 31. Dezember 1923 ablaufende Frist für die Verwendung der noch vorhandenen einheitlich bedruckten Eisenbahnfrachtbriefe ist bis zum 30. Juni 1924 verlängert worden. Die vorgedruckte Verwendung besonderer Frachtbriefe im Verkehr nach und von Ostpreußen wird hierdurch nicht berührt.

— Auf die Bekanntmachung des Vorsitzenden des Grundsteuer-Ausschusses im Anzeigenteil der heutigen Nummer wird besonders hingewiesen. — Die Steuer vom Grundvermögen ist vom 1. 11. 1923 ab auf Goldmark aufgebaut. Sie ist am 15. jedes Monats fällig und beträgt monatlich bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, 0,20 Mk.

denkt, weißt du ja selbst am besten. Und Herr von Alleben ist gegen sie doch auch kühl bis ans Herz hinan.“

„Aber die kleine Baronin gab sich nicht so schnell besiegt. „Du magst reden, was du willst, Trude. Ich bleibe dabei, daß die Hansen eine ganz gefährliche Person ist, an der meine Schwester noch einmal eine große Enttäuschung erleben wird. Ich wollte, sie wäre nie nach Pahlowitz gekommen.“

Das Boot hatte sich unterdessen der Robinsoninsel genähert und die jungen Mädchen spähten nach einem günstigen Landungsplatz.

Auf einer weisbleuchenden Sandbank ließen sie es endlich auflaufen und schlangen die Kette um eine knorrige Erlezwurzel.

Ein kleines Rinnsal mündete hier in die Bucht und ihm zur Seite führte ein schmaler, ungangbarer Pfad an einer Felsenwand und durchdringlichen Unterholzes entlang in das Innere der Insel.

„Ich glaube, du läßt deinen Bademantel auch besser im Boot, Herta“, schlug Trude vor. „Sonst kommst du durch dies Unwetter nicht hier überhaupt nicht durch.“

Damit glitt sie leicht und gewandt mit den schlängelnden Bewegungen ihrer bronzefarbenen Glieder durch eine dichte Wildnis von Kälberkopf und wuchernden Farnwedeln. Allerlei aufgeschreckte Vögel umschwirrte und umflatterte sie.

Aus dem hohen Röhricht am Ufer klangen geschwätzige Vogelrufe, der Ruf eines Regenpfeifers und das eintönige Quaken wilder Enten.

Der Blick auf den See war wieder frei.

Das gestülpte Röhricht einer alten Hütte tauchte über den biden Köpfen eines Erlengebüsches auf.

Sie waren am Ziel. —

„Herta!“

Aufatmend war Trude stehen geblieben und sah zu der Freundin zurück, die sich etwas langsamer durch den Ring des Schilfes hindurcharbeitete.

Eine stille, sonnige Wiese lag vor ihnen mit tausend goldflämmenden Blüten in dem hohen Niedgras.

Schillernde Schwebefliegen standen allenthalben in der unbewegten Luft und blaßblaue Libellen taumelten unstät über den feuchtschänzenden Dotterblumen am Uferaum.

Wie ein erwachsener Pilz tauchte die kleine Heuhütte in einem Auenwall von Hopfen und üppigem Gaisblatt, und die

(Fortsetzung folgt.)

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten

Die Reichsinhaber für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 19. November, auf das 831-milliardenfache der Vorwoche (218,5 Milliarden) beträgt demnach 280,3 v. H.

Vermischtes.

Der Millionenbuckel. In einem Kolleg in Erlangen erschien dieser Tage ein Student, der das Geld erst dreimal wenden muß, ehe er es ausgehen kann, und zog aus seiner Hosentasche einen aus Zehnmillionscheinen zusammengehefteten Schreibblock. Da diese Scheine auf der Rückseite unbedruckt sind, sind sie wenigstens zu etwas gut und brauchen nicht ohne weiteres in den Papierkorb geworfen zu werden. Wer sein Schreibpapier kaufen muß, wird ersehen können, weshalb unerbittlich billigen Schreibblock der Erlanger Student sein eigen nennt.

Hyern wieder aufgebaut. Das im Weltkrieg so oft genannte Hyern, das bei den heftigen Kämpfen durch die beiderseitigen Beschießungen zerstört wurde, ist wieder aufgebaut worden. In den letzten vier Jahren sind mehr als 100 000 Arbeiter damit beschäftigt gewesen, die Stadt wieder herzustellen. Es wurden etwa 7000 Wohnhäuser neu errichtet und mit allen technischen Neuerungen versehen, so daß die Wohnbedürfnisse viel besser sind als früher. Von den berühmtesten Kirchen, die auch dem Kriege zum Opfer gefallen waren, sind nur die Ruinen erhalten, die ausgebaut wurden und als Andenken stehen bleiben. Die daran anschließende Jakobskirche, von der nur das Portal übriggeblieben war, ist neu errichtet.

Ein Reinsfall amerikanischer Alkoholgegner. In der Durchführung des Alkoholverbotes lassen sich die damit beauftragten Beamten in den Vereinigten Staaten oft zu Maßregeln hinreißen, die nicht nur das gewünschte Ziel verfehlen, sondern auch die Regierung bloßstellen und sie zu Gegenmaßnahmen zwingen, um den Fehler wiederzugutmachen. Mit solchem Überreifer gingen auch die mit der Durchführung des Verbotes beauftragten Beamten zu Philadelphia zu Werke, als sie vierzehn Brauereien im Werte von vielen Millionen Dollar kurzweg mit Beschlag belegten. Es war die schärfste Maßregel, die bisher gegen das Brauen von Bier getroffen wurde. Die Regierung konnte sich jedoch nicht lange dieses Erfolges freuen, denn das angesehene Gericht erklärte, daß die Beschlagnahme ungesetzlich sei. Der Richter gründete seinen Spruch auf den von den Beamten erteilten Auftrag, der ihnen nur die Ermächtigung zur Beschlagnahme von geistigen Getränken, nicht aber von Brauereien gebe. Der Richter erteilte den Beamten einen scharfen Verweis und legte ihnen eindringlich nahe, Aufträge mit Takt auszuführen. Er drohte ihnen mit Geldstrafen und Gefängnis, wenn sie ihre Vollmacht neuerlich überschritten. Die Beschlagnahmen sollten der Ansicht einer intensiven Aktion sein, um Pennsylvania

gründlich „trodenzulegen“. Der Richterspruch kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel.

Ein Wohnhaus für Kardinäle. Auch in Rom herrscht Wohnungsnot, und sie trifft, wie von dort berichtet wird, auch die obersten Würdenträger der katholischen Kirche. Die unerhörte Höhe der Mieten hatte bereits dazu geführt, daß einige Kirchenfürsten sich keine ihrem Range entsprechende Unterkunft leisten konnten. Papst Benedikt XV. war bestrebt, diesem Zustande abzuhelfen, indem er einige Gebäude des Vatikan zu Wohnungen für Kardinäle herrichten ließ. Außerdem hat der Papst von den Benediktinermönchen den geräumigen Palast, der den Namen des heiligen Calixtus trägt, als Wohnhaus für die Kirchenfürsten erworben.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Die Löhne der Staatsarbeiter.) Die letzten Verhandlungen haben noch keine Einigung ergeben. Während das Reich seinen Arbeitern Löhne zahlen will, die entsprechend den einzelnen Zonen zwischen 20 und 27 Goldpfennigen liegen, verlangen die Gewerkschaften Löhne bis zu 50 Goldpfennigen. Diese Forderung wurde von der Regierung abgelehnt mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches.

Börse und Handel.

In Millionen Mk. Was kosten fremde Werte? In Millionen Mk.

Börsenplätze	22. 11.		20. 11.	
	gekauft	angeb.	gekauft	angeb.
Holland 1 Gulb.	1598 000	1604 000	1560 090	1567 910
Dänemark 1 Kr.	726 800	729 820	718 200	721 800
Schweden 1 Kr.	1101 240	1106 760	1097 250	1102 750
Norwegen 1 Kr.	616 455	619 545	608 475	611 525
Finnland 1 Mark	107 730	108 270	111 720	112 280
Amerika 1 Doll.	1189 500	1210 500	1189 500	1210 500
England 1 Pf.	18354 000	18446 000	17955 000	18045 000
Schweiz 1 Fr.	728 175	731 825	722 190	725 810
Frankreich 1 Fr.	231 420	232 580	228 440	224 560
Belgien 1 Fr.	199 500	200 500	189 525	190 475
Italien 1 Lira	183 540	184 460	179 550	180 450
Österreich 1 Kr.	121 695	122 805	121 695	122 805
Ungarn 1000 Kr.	58 852	59 148	58 653	58 947
Ungarn 1000 Kr.	219 459	220 550	217 455	218 545

Deutsche Werte am 22. November.

Eine Rentenmark 1 Billion Papiermark
Dollarscheine keine Notierung
Goldanleihe (1 Dollar) amtl. . . 4200 Milliarden. Papierm.
Ein Goldpfennig 10 „
Eine Goldmark 1000 „
Eine Goldmark, umgerechnet über den amtlichen Berliner Briefkurs für Auszahlung New York (1 Dollar 4 210 500 Millionen) gleich 1 002 500 Millionen.
* Berliner Produktbörse vom 22. November 1923. Amtlich festgesetzte Preise. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst pro 100 Kilogramm. In Goldmark oder Goldanleihe oder Rentenmark. In Goldmark (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar Goldanleihe). Weizen märkischer 196—198. Etwas mütter. Roggen märkischer 184—186. Etwas mütter.

Sommergerste 176—182. Etwas mütter. Hafer märkischer 160 bis 162. Mehr angeboten. Weizenmehl 33,50—33,50, feinstes Marken über Notiz. Roggenmehl 30,50—32,50. Mühl. Weizenkleie 8,40. Stetig. Roggenkleie 8,20—8,40. Stetig. Raps 32,00—33,50. Mühl. Viktoriaerbsen 43—52, kleine Speiseerbsen 33—36. Pelusiden 17—19. Seradella 20—23. Rapsstücken 13,50 bis 14. Erbsenmehl 8. Torfklasse 30—70 7,50—8. Kartoffelstößen 16,50—17.

Rauhputz. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhputz. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Gold- oder Rentenmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,89—1,00, desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstenstroh 0,70—0,90, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Häcksel 1,90, handelsüblich. Heu 0,80—0,90, gutes Heu 1,10—1,20.

* Kündigungen an der Berliner Börse vom 22. November. Bei der Feststellung stellten sich die Kurse wie folgt: Auszahlung Butarest 20 895, 21 105; Kowno 415 800, 424 200; Kattowitz 1728, 1772. — Notizen: Polen: Warschau 1706—1794; lett. Rubel 16 090—16 910; estn. Mark 10 970—11 530; Lit. 404 985—407 015.

* Biersteuer-Erhöhung. Die Biersteuer ist am 23. November auf 2897 Milliarden bis 3533 Milliarden Mark erhöht worden.

Vom Lebensmittelmarkt.

* In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 22. November folgende Preise (in Milliarden Mark) verlangt: Rindfleisch 2800—3800, Kalbfleisch 2400—3200, Hammelfleisch 1800—3600, Schweinefleisch 3380—3900, geräucherter Inlandsschmalz 5600—6000, Hasen 1300—1500, Gänse 2000—2500, Enten 2500, Hühner 1800—2800, Kabschjan 1000, Schellfisch 800 bis 900, Serringe 800, Vüfinge 2000, Spotteln 1600—2000, Räucherlundern 1800, Salzheringe 120, Äpfel ab 400, Birnen ab 300, Kartoffeln 40,75, Weißbrot 50—60, Rottbrot 140 bis 150, Sauerkraut 240—260, Spinat 116—200, rote Rüben 290, Möhrrüben 55—90, Tomaten 350—400, Zwiebeln 280—300, Erbsen 540—580, weiße Bohnen 450—550, Butter 2320, Rindertalg (ausgel.) ab 1000, Tilfiter Käse 1000—1700, Harzer Käse 900—1200, ein Ei 320, Kumpfbonig 680—800, Pflaumenmus 550 bis 750, Malzlake 360, Kalao 2300—3000, Ruder 480, Weizenmehl 300—360.

Wetter-Aussichten.

- 25. Nov. Wolken, Sonne, strichw. Niederschlag Tags gelinde.
- 26. „ Wolken, teils Niederschlag.
- 27. „ veränderlich, naßkalt.
- 28. „ wenig verändert.
- 29. „ kaum verändert.
- 30. „ Wolken, Sonne, strichweis Niederschlag normal temperiert.
- 1. Dez. Wolken, Sonne, nachts kalt.

Berlin, 23. Nov. An der heutigen Börse notierte der Dollar 4 210 500 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Bekanntmachung über die staatliche Steuer vom Grundvermögen.

Die staatliche Steuer vom Grundvermögen wird für die Zeit vom 1. November 1923 ab auf Grund der durch Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 22. 10. 1923 (S. 478) eingetragenen Gesetzesänderung und nach Maßgabe der dazu ergangenen Ausführungsanordnungen nach folgenden Grundätzen erhoben:

1. Die Steuer beträgt monatlich
- a) bei bebauten Grundstücken, die nicht dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind 0,20 Mk
- b) bei allen übrigen Grundstücken 0,25 Mk für je 1000 Mk des für die Veranlagung zur früheren preussischen Ergänzungsteuer für den Veranlagungsabschnitt 1917/19 festgesetzten Wertes.
2. Die nach Ziff 1 berechnete Steuer ist die Steuer in Goldwert.
3. Die Bekanntmachung der monatlichen Steuer in Goldwert erfolgt durch öffentliche Auslegung der Staatssteuerrolle zur Einsicht für die Steuerpflichtigen Zeit und Ort der Auslegung wird demnach öffentlich bekanntgegeben.
4. Soweit die Veranlagungsbescheide über die am 1. April 1923 eingeführte staatliche Steuer vom Grundvermögen den Steuerpflichtigen noch nicht zugestellt sind, wird in ihnen der monatliche Betrag der neuen Steuer in Goldwert angegeben werden. Sind dagegen die Veranlagungsbescheide den Steuerpflichtigen bereits zugegangen, so sind letztere in der Lage, den monatlichen Steuerbetrag in Goldwert nach den Angaben des Veranlagungsbescheids selbst zu berechnen.

Die Berechnung erfolgt nach folgenden Regeln:

- a) Für die vorstehend unter 1 zu a genannten Grundstücke ist in Sp. 8 der Tabelle des Veranlagungsbescheids das Einfache des Ergänzungsteuerwerts eingetragen. Die monatliche Steuer berechnet sich also zu 0,20 Goldmark für je 1000 Mk dieses Wertes
 - b) Für die vorstehend unter 1 zu b genannten Grundstücke ist in Sp. 9 der Tabelle des Veranlagungsbescheids das Achtfache des Ergänzungsteuerwerts eingetragen. Diese Wertangabe ist daher erst durch 8 zu teilen; alsdann ist der monatliche Steuerbetrag von 0,25 Goldmark für 1000 Mark anzuwenden.
- Die nach den Regeln zu a und b berechneten monatlichen Steuerbeträge sind nach unten abgerundet, und zwar: bei Beträgen bis zu 10 Mk auf volle Pfennige, bei Beträgen von mehr als 10 Mk bis zu 100 Mk auf volle 10 Pfennige, bei Beträgen über 100 Mk auf volle Mark

Beispiel zu a.
Hausgrundstück. Der Wert nach Spalte 8 der Tabelle des Veranlagungsbescheids (einfacher Ergänzungsteuerwert) sei 24 300 Mk
Die monatliche Steuer beträgt
0,20 x 24 300 Mk = 4,86 Goldmark.
1000

Beispiel zu b.
Landgut. Der Wert nach Sp. 9 der Tabelle des Veranlagungsbescheids (achtbarer Ergänzungsteuerwert) sei 4 328 000 Mk. Das Einfache des Ergänzungsteuerwerts beträgt demnach
4 328 000 Mk : 8 = 541 000 Mk
Die monatliche Steuer beträgt
0,25 x 541 000 Mk = 135,25 Goldmark.
1000

abgerundet auf 135 Goldmark
5. Die Steuer ist am 15. eines jeden Monats fällig. Sie ist in bar oder durch Vermittlung der Post (Postanweisung, Zahlscheine oder Postscheküberweisung) ohne Abzug unanfechtbar an die Kasse derjenigen Gemeinden zu entrichten, in deren Bezirk das steuerpflichtige Grundstück gelegen ist (vgl. Sp. 2 der Tabelle des Veranlagungsbescheids).

6. Endet die Auslegungsfrist der Staatssteuerrolle (vgl. Ziff. 3) nach dem 15. November, so gilt als Fälligkeitstermin der Steuer für November der auf den Ablauf der Auslegungsfrist folgende Werktag.

7. Die Zahlung der Steuer in Goldwert ist in Banknoten, Reichsmarkenscheinen oder Darlehenskassenscheinen, die auf deutsche Währung lauten, zu leisten unter Anwendung des für den Tag der Zahlung geltenden Goldumrechnungssatzes. Die Steuer für den Monat November 1923 ist, wenn sie nach dem 15. November, aber spätestens am dem auf den Ablauf der Auslegungsfrist folgenden Werktag (vgl. Ziff. 6) entrichtet wird, nach dem Goldumrechnungssatz des 15. November zu zahlen, sofern dieser Satz geringer ist als der des Zahlungstags.

8. Für bebauten Grundstücke nach Ziff. 1 a, die ganz oder teilweise vermietet sind, kann die Steuer bis zum fünften Werktag (einschließlich) nach dem Fälligkeitstermin entrichtet werden, und zwar nach dem Goldumrechnungssatz des Fälligkeitstermins, sofern dieser Satz geringer ist, als der des Zahlungstags. Für den Monat November 1923 kann die Steuer bis zum sechsten Werktag (einschließlich) nach Ablauf der Auslegungsfrist (vgl. Ziff. 6) entrichtet werden, und zwar nach dem Goldumrechnungssatz des 15. November, sofern er niedriger ist als der des Zahlungstags.

9. Bei Überweisung der Steuer durch die Post gilt als Zahlungstag der Tag, an dem die Postanweisung, die Zahlscheine oder die Postscheküberweisung bei der Post eingeliefert wird.

10. Als Goldumrechnungssatz gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes ist der Satz maßgebend, der von dem Reichsminister der Finanzen auf Grund des § 2 der Verordnung über Steuerauswertung vom 11. Oktober 1923 (RGBl. I S. 929) jeweils bestimmt wird. Der Goldumrechnungssatz wird durch Anschlag bei der Postanstalt und der Gemeindebehörde ständig zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Lüdenscheid, den 22. November 1923
Der Vorsitzende des Grundsteuerausschusses:
Riemer.

Persil
bleibt
Persil

Das Waschen mit Persil ist eine wahre Freude — so sprechen Millionen Hausfrauen!

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weiterer Kreise kommen sollen, finden durch

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmühler General-Anzeiger

die denkbar beste Verbreitung.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 25. Nov. Totenfest, Vorm. 10 Uhr Predigt Pastor D. Dresbach. Vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst. Freitag abend 8 1/2 Uhr Psalmenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Sonntag, den 25. Nov. 11 1/2 Uhr: Sonntagsschule 4 Uhr Bibelstunde 5 1/2 Uhr Gemeinsame Sitzung des Junglingsvereins u. Hausvorstandes 5 1/2 Uhr Jungfrauenverein, Bibelbesprechung. 8 Uhr: Junglingsverein - Unterhaltung. Freitag 8 1/2 Uhr Männerchor.

Freie evang. Gemeinde Halver, Berlinerstraße 27a Sonntag, den 25. Novemb. morgens 9 1/2 Uhr Erbauungsstunde. 11 Uhr Sonntagsschule Nachn. 4 Uhr: Bibl. Vortrag. Mittwoch abend 8 1/2 Uhr Bibl. Vortrag. Samstag abend 8 1/2 Uhr: Männer- und Junglingsverein.

Kath. Gemeinde Halver Sonntag, den 25. Nov. 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10 1/2 Uhr: Hochamt mit Predigt. 2 1/2 Uhr: Andacht.

Zu Goldmarkpreisen

liefert sofort und vorteilhaft: 1355

Leder

in Häften, Croupon und Ausschnitt, Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten „Continental“ u. „Mittelland“ Sohlennägel, Tackse und sämtl. Stifte, Stoß- und Absatzseisen Marke „Braja“, Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße, Arbeitsständer, sowie alle anderen Werkzeuge, Schuheremen und Appreturen in allen Farben, Garne, Zwirne, Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe

mit Gummi- und Chromledersohle :: in allen Größen und Farben. ::

Spezialität:

fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,

Spezialgeschäft und Versandhaus für alle Schuhmacher Bedarfsartikel, Kierspe-Bahnhof i. W. Hauptstr. Nr. 229. Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Bundfaden

Packpapier

liefert zu ausserst kalkulierten Preisen August Liese, Papier- u. Packmaterialien-Großhandl. HAGEN i. W. Kontor: Körnerstraße 12. Fernruf: Nr. 3948. 704

Sitzung

der Gemeindevertretung Schalksmühle findet statt am Mittwoch, 28. d. Mts., nachm. 4 1/2 Uhr im Kaffeehaus von Schulz in Schalksmühle Halver, 22. Nov. 23. Der Amtmann.

Briefkassetten

mit und ohne Druck empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Schlachtpferde

Gut genährte werden zu konkurrenzlosen Preisen angekauft. Bei Unglücksfällen Transportwagen zur Verfügung. Auch Nachts telefonisch zu erreichen.

Rossschlachtereier
Albert Pitten,
Hagen i. W.
Wilhelmstr. 2 Tel. 176